

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Roland Schettkat

Jobwunder Niederlande –
Vom kranken Mann Europas zum weltweiten Vorbild

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Jobwunder Niederlande – Vom kranken Mann Europas zum weltweiten Vorbild

Prof. Dr. Ronald Schettkat, Universität Utrecht

Gliederung

- 0 Einleitung
- 1 Die Holländische Entwicklung im Vergleich
- 2 Außenwirtschaftliche Erfolge durch Lohnzurückhaltung und fixen Wechselkurs
- 3 Wirtschaftsstruktur und Produktivitätsentwicklung
- 4 Von den Niederlanden lernen?

0 Einleitung

Die Meinung über die niederländische Ökonomie hat eine erstaunliche Wandlung vollzogen: Wurden die Niederlande noch vor wenigen Jahren als „kranker Mann Europas“ bezeichnet (Ex-Ministerpräsident Lubbers 1990), so sind sie heute weltweit zum beschäftigungspolitischen Vorbild geworden. „The Dutch Disease“ charakterisierte ein erstarrtes Gesellschaftssystem, dem man allenfalls einen in Konsens ertragenen, sozial abgefederten Niedergang zutraute, von dem man aber keinesfalls erwartete, daß seine Beschäftigungsgewinne weltweit bestaunt würden. Die Niederlande sind heute in der Schaffung zusätzlicher Beschäftigung so erfolgreich wie die USA, und sie scheinen zugleich die These zu widerlegen, daß Beschäftigungsgewinne nur mit zunehmender Ungleichheit oder gar Armut zu erreichen sind. Der Nachbar Holland ist für die Bundesrepublik so interessant, weil die Niederlande – anders als die USA – sehr ähnliche institutionelle Strukturen aufweisen. Die Niederlande leiden so sehr unter der Bundesbankpolitik wie die Bonner Regierung, sie haben starke Gewerkschaften und einen entwickelten Sozialstaat, aber dennoch geht die Arbeitslosigkeit in Holland beständig zurück, während in Deutschland ständig neue Rekordmarken vermeldet werden müssen.

Was machen die Niederlande anders, worin liegt der beschäftigungspolitische Erfolg begründet? Ist es Deregulierung – eine Annäherung an das US-Modell –, wie viele in der Bundesrepublik meinen, oder ist es im Gegenteil die auf Konsens gegründete korporatistische Gesellschaftsstruktur, die eine beschäftigungsfördernde Politik ermöglicht? Ich möchte im folgenden einige Entwicklungen der niederländischen Volkswirtschaft aufzeigen und einige Gründe für die beschäftigungspolitischen Erfolge diskutieren.

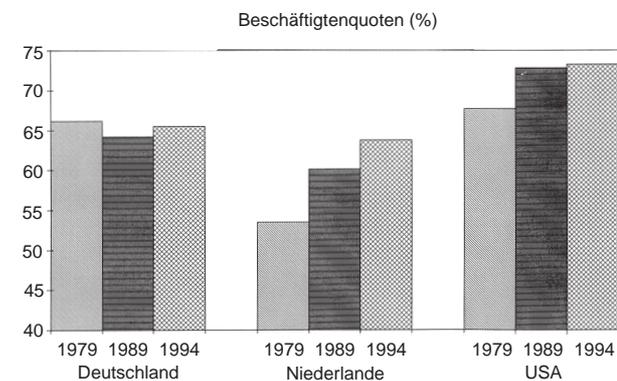
1 Die Holländische Entwicklung im Vergleich

Die Niederlande verzeichnen seit Jahren einen kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosenquote, während in Deutschland die Arbeitslosigkeit beständig zunimmt. Die Arbeitslosenquote¹ nähert sich der der USA an, aber dennoch ist es weniger das erreichte Niveau als vielmehr der Trend, der die europäischen Nachbarn fasziniert. Nimmt in den anderen kontinentaleuropäischen Ländern die Arbeitslosenquote unau-

¹ Die Arbeitslosenzahlen und -quoten sind wegen der starken institutionellen Einflüsse (z.B. Frühverrentungen), die die Arbeitslosenzahlen beeinflussen, nur ein begrenzt aussagefähiger beschäftigungspolitischer Indikator.

haltsam zu, so gelingt es den Niederlanden offenbar, sich von diesem Trend abzukoppeln. Auch bei der Beschäftigtenquote ist es vor allem der Trend, der die Aufmerksamkeit verdient. Die niederländische Beschäftigtenquote ist weit von der US-amerikanischen oder den skandinavischen Beschäftigtenquoten entfernt. Sie liegt sogar noch unter der deutschen Quote, aber die Entwicklung zeigt deutlich nach oben, während in der Bundesrepublik eine Stagnation zu beklagen ist.

Abbildung 1: Beschäftigtenquoten in den Niederlanden, USA und Deutschland (West)



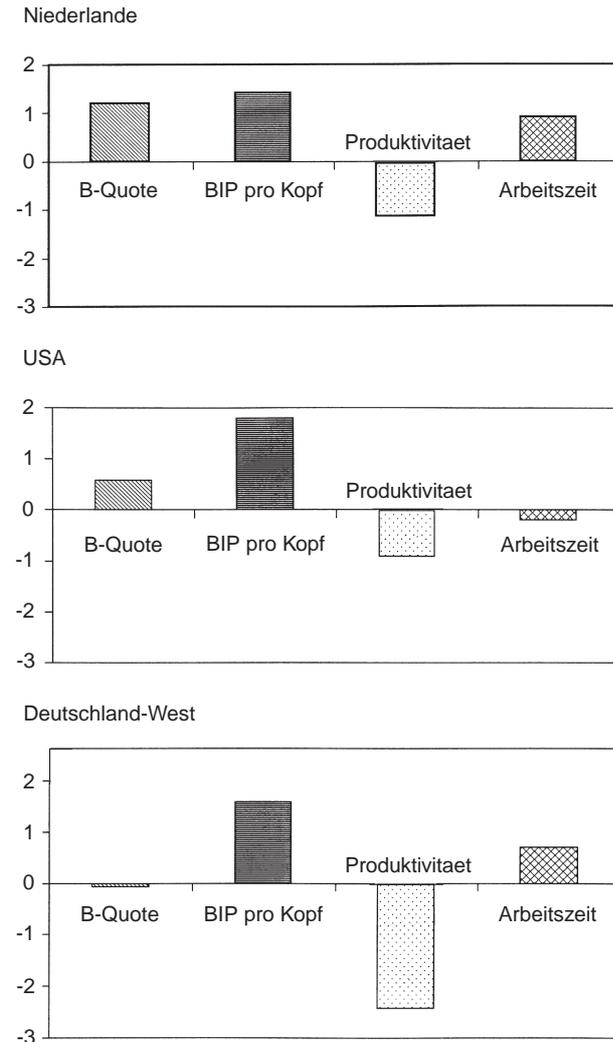
Quelle: Berechnungen auf Basis von OECD Daten. Beschäftigtenquoten: Beschäftigte dividiert durch Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre)

Die Veränderung der Beschäftigtenquote kann in die Komponenten Wirtschaftswachstum, Produktivitätsgewinne und durchschnittliche Arbeitszeit zerlegt werden. Ceteris paribus erhöht Wirtschaftswachstum die Beschäftigung, Produktivitätsgewinne vermindern c.p. die Beschäftigung und Arbeitszeitverkürzungen erhöhen c.p. die Beschäftigtenzahl. Die relative Bedeutung der einzelnen Komponenten ist in Abbildung 2 für die Niederlande, die USA und die Bundesrepublik (West) dargestellt. Wirtschaftswachstum hat in allen drei Volkswirtschaften die Beschäftigung positiv beeinflusst. Dieser Effekt wird in der Bundesrepublik aber durch den beschäftigungsvermindernden Effekt der Produktivitätssteigerungen überkompensiert, was in den USA und den Niederlanden nicht der Fall ist.

Die Produktivitätsgewinne sind in den Niederlanden ähnlich bescheiden wie in den USA und liegen deutlich unter denen der Bundesrepublik. Wer aber hinter dieser Entwicklung in den Niederlanden die Ineffizienz erzeugenden Effekte einer zurückhaltenden Lohnpolitik vermutet, der wird enttäuscht. Teilt man die Wirtschaftszweige in solche, die der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt sind und solche, die davor geschützt sind, findet man der Entwicklung in der Bundesrepublik vergleichbare Produktivitätsgewinne bei stagnierender oder sinkender Beschäftigung im offenen Segment der Volkswirtschaft. Deutlich geringere Produktivitätssteigerungen bei kräftigen Beschäftigungsgewinnen treten dagegen im geschützten Segment auf (De Haan/ van Art). Es sind die Wirtschaftszweige mit geringer Produktivität und geringen Produktivitätsgewinnen, die zu den Beschäftigungsgewinnen in

den Niederlanden beitragen, was die von Richard Freeman bereits 1988 gestellte Frage nach einem gesamtwirtschaftlichen Tradeoff von hohen Produktivitätsgewinnen und Beschäftigung aufwirft (vgl. weiter unten).

Abbildung 2: Komponenten der Beschäftigtenquoten-Veränderung, Niederlande, USA und Deutschland (West), 1979-1994



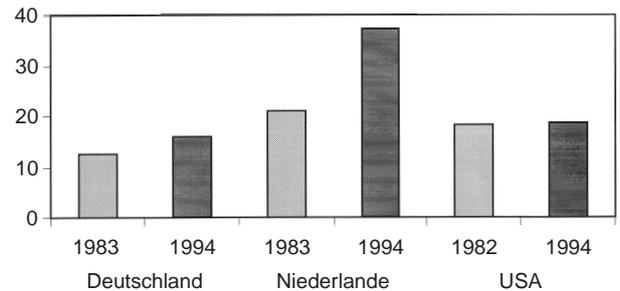
Quelle: Berechnungen auf Basis von OECD Daten.

Abbildung 2 zeigt deutlich, daß die Arbeitszeitkomponente in den Niederlanden wesentlich zum Beschäftigungsgewinn beigetragen hat. Im Durchschnitt ist gegenwärtig jeder Niederländer nur noch rund 30 Stunden pro Woche beschäftigt. Ohne Arbeitszeitverkürzungen hätten die Niederlande das Beschäftigungsprobleme nicht nachhaltig vermindern können. Aber auch in Deutschland hat die Arbeitszeitentwicklung zur Stabilisierung der Beschäftigtenzahl beigetragen, während in den USA die durchschnittliche Arbeitszeit anstieg. Bis in die frühen 80er Jahre hinein stand Teilzeitarbeit weder bei Arbeitnehmern und noch weniger bei Arbeitgebern hoch im Kurs, aber im Vertrag von Wassenaar (siehe weiter unten) wurde 1982 zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vereinbart, daß Arbeitszeitpolitik zum Aufbau

² Hilfreich mag auch die Grundrente sein, die jedem Bürger der Niederlande ab dem 65. Lebensjahr unabhängig von vorheriger Erwerbsbeteiligung ausbezahlt wird.

höherer Beschäftigung genutzt werden soll. Es gab seither auch kollektivvertragliche Arbeitszeitverkürzungen, aber den eigentlichen Durchbruch bei der Arbeitszeitverkürzung hat die Ausweitung der Teilzeitarbeit gebracht (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Teilzeitbeschäftigung in den Niederlanden, den USA und Deutschland (West), Anteile an Beschäftigung insgesamt



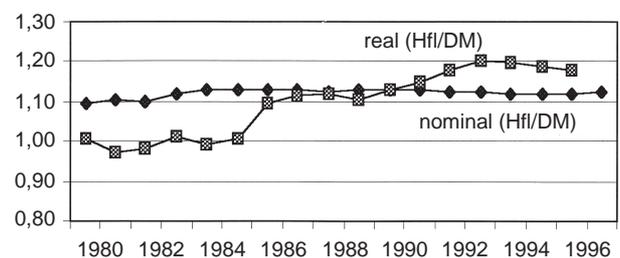
Quelle: Berechnungen auf Basis von OECD Daten.

Teilzeitbeschäftigung ist auch in den Niederlanden überwiegend Frauenbeschäftigung, aber dennoch sind rund 25% der Teilzeiter Männer (30% in den USA, 10% in Deutschland). Teilzeitarbeit ist in den Niederlanden überwiegend gewünscht, 90% der Teilzeitbeschäftigten sind mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. Teilzeitarbeit erleichtert die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die den Beschäftigungsanstieg tragen. Auch die hohen niederländischen Steuersätze machen Teilzeitarbeit attraktiv, wirkt sich doch der Einkommensverzicht zugunsten einer kürzeren Arbeitszeit nur unterproportional auf die Nettoeinkommen aus².

2 Außenwirtschaftliche Erfolge durch Lohnzurückhaltung und fixen Wechselkurs

Seit 1983 besteht zwischen dem Gulden und der DM eine Quasi-Währungsunion. Die Niederländische Bank folgt der Bundesbank Schritt auf Schritt und hat so den nominalen Wechselkurs zwischen Gulden und DM fixiert. Seit 1983 ist dieser praktisch unverändert, was bei einer Politik der Lohnzurückhaltung (vgl. Abbildung 4) zu einem steigendem realen Wechselkurs des Gulden zu der DM führte (der Wechselkurs ist hier definiert als Hfl / DM). Produkte aus dem Wirtschaftsraum des Gulden wurden real billiger für den DM-Wirtschaftsraum und umgekehrt wurden Produkte aus dem DM-Wirtschaftsraum real im Gulden-Wirtschaftsraum teurer. Eine DM konnte mehr Waren aus den Niederlanden kaufen, während umgekehrt ein Gulden weniger Güter aus Deutschland kaufen konnte. In der Tat hat dieses den niederländischen Außenbeitrag verbessert. War bis in die frühen 80er Jahre hinein die Leistungsbilanz der Niederlande negativ, ist sie seither deutlich positiv.

Abbildung 4: Nominaler und realer Wechselkurs des Gulden zur DM



Quelle: Berechnungen auf Basis von OECD Daten.

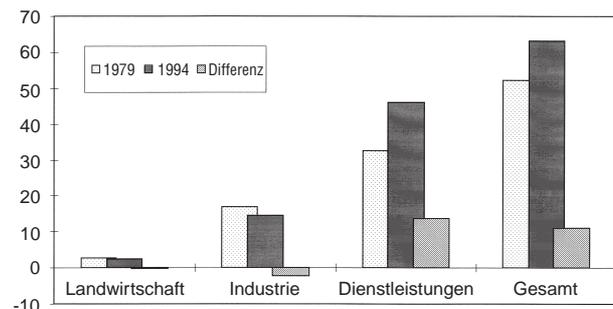
Die 1982 in Wassenaar vereinbarte zurückhaltende Lohnpolitik hat in den Niederlanden drastische Wirkungen gehabt: Die Reallöhne in der Industrie sind in den letzten 15 Jahren nur um rund 5% gestiegen, so bescheiden wie in den USA. In Deutschland konnten die realen Industrielöhne dagegen im gleichen Zeitraum um rund 40% zulegen. Die binnenwirtschaftlichen Effekte einer zurückhaltenden Lohnpolitik sind ambivalent, denn sie führen einerseits zwar zur Kostenentlastung und wirken deshalb nachfrage- und beschäftigungsexpansiv, reduzieren aber auch gleichzeitig die kaufkräftige Nachfrage. Der außenwirtschaftliche Effekt einer zurückhaltenden Lohnpolitik bei festen Wechselkursen ist dagegen eindeutig positiv. In einer so offenen Volkswirtschaft wie den Niederlanden sind die binnenwirtschaftlichen Effekte weniger bedeutend als die außenwirtschaftlichen Effekte. Der Außenbeitrag beträgt in den Niederlanden über 50% (Bundesrepublik etwa 30%, USA nur 10%).

Diese Entwicklung sollte vor allem den offenen Sektor – also vor allem die Industrie – der Volkswirtschaft positiv beeinflusst haben. Es wäre deshalb zu erwarten gewesen, daß die Industriebeschäftigung von einer solchen Entwicklung besonders profitiert hätte. Hat sie eventuell auch, aber dennoch hat dieses nicht zu einer höheren Beschäftigung in der Industrieproduktion geführt (vgl. den folgenden Abschnitt).

3 Wirtschaftsstruktur und Produktivitätsentwicklung

Welche Wirtschaftsbereiche haben zur Erhöhung der Beschäftigtenquote beigetragen? Eine rein makroökonomische Erklärung der niederländischen Entwicklung ließe erwarten, daß alle Wirtschaftszweige in der Beschäftigung zulegen, eventuell sollte wegen der Handelsfähigkeit die Industriebeschäftigung kräftig zunehmen. Letzteres ist nicht der Fall. Träger des Beschäftigungswachstums sind die Dienstleistungen (vgl. die Beschäftigtenquoten in Abbildung 5).

Abbildung 5: Die Veränderung sektoraler Beschäftigtenquoten in den Niederlanden



Quelle: Berechnungen auf Basis von OECD Daten.

Der Rückgang der Industriebeschäftigung, ohnehin auf einem niedrigerem Niveau als in der Bundesrepublik, mag vor dem Hintergrund eines makroökonomischen Szenarios, das wesentlich – wie oben diskutiert – auf der realen Abwertung des Gulden gegenüber der DM beruht, überraschen. Man hätte bei diesem Szenario erwartet, daß der Industriesektor, der ja von Exportüberschüssen am meisten profitiert, Beschäftigung

³ Es sei darauf hingewiesen, daß die Verringerung der Produktivität bei bestehender Produktion oder auch nur die Verminderung von Produktivitätsfortschritten ein Schildbürgerstreich wäre. Sie würde die Effizienz der Produktion reduzieren, ohne die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, was in offenen Volkswirtschaften negative Beschäftigungseffekte zeigen muß. Auch die Dienstleistungen sind nicht die beschäftigungspolitischen Hoffnungsträger, weil sie geringe Produktivitätssteigerungen aufweisen, das ist eher ihr Problem (Appelbaum/Schettkat 1997).

auf- und nicht abgebaut hätte. Eventuell hat die Kombination aus fixem nominalen Wechselkurs zur DM und gleichzeitiger Lohnzurückhaltung einen stärkeren Rückgang der Industriebeschäftigung verhindert, aber der Effekt reichte jedenfalls nicht aus, um die Industriebeschäftigung zu erhöhen.

Vor allem die Dienstleistungsbereiche legten kräftig an Beschäftigung zu, aber ohne dabei die Ungleichheit zu erhöhen. Die Lohnungleichheit, gemessen durch die Relation vom Einkommen des obersten Dezils dividiert durch das Einkommen des unteren Dezils (D9/D1 ratio), betrug in den Niederlanden 1980 rund 2 und war 1990 auf einem ungefähr gleichen Wert. Die Bundesrepublik liegt auf etwa dem gleichen Niveau, aber in den USA betrug der Wert 1980 rund 4,5 und stieg bis 1990 auf rund 5,5 an. In den USA sah man die zunehmende Ungleichheit zwar als Problem, aber dennoch als notwendigen Preis für die Beschäftigungssteigerungen. Dieser Glaube wird in den USA nicht zuletzt durch die niederländische Entwicklung erschüttert. Wie kann es gelingen, mit so geringen und dann auch noch unveränderten Lohnunterschieden die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu erhöhen?

Auch in den Niederlanden gehören viele Dienstleistungen zu den unterdurchschnittlich entlohnten Tätigkeiten. Sie sind offenbar nur zu einem nicht zu hohen Preis marktfähig. In den USA schlägt dieses auf die Löhne der Beschäftigten durch. In den Niederlanden hat man mit einer Steuerreform gezielt die unteren Einkommen entlastet. Ein Weg, um auch unterdurchschnittlich entlohnte Beschäftigung attraktiv zu machen.

Es ist oben dargestellt worden, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung in den Niederlanden unter der der Bundesrepublik liegt und dieses vor allem auf die Entwicklung im sogenannten geschützten Sektor zurückzuführen ist. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es einen Tradeoff zwischen gesamtwirtschaftlicher Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung gibt? Oder andersherum gefragt, ob sich die hohen Produktivitätsgewinne in der Bundesrepublik noch in höheres Wirtschaftswachstum umsetzen lassen? Oder kann es sein, daß ein höheres Beschäftigungswachstum mit einem geringeren Produktivitätswachstum einhergehen muß? Internationale Vergleiche zeigen, daß Beschäftigungsgewinne immer Gewinne an Dienstleistungsbeschäftigung sind und dieses mit einer geringeren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung einhergeht (Freeman 1988, Appelbaum/Schettkat 1995).

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist die gewichtete Summe der sektoralen Produktivitäten, weshalb eine Ausweitung der Sektoren mit unterdurchschnittlicher Produktivität zu geringeren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinnen führt. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist endogen zur wirtschaftlichen Entwicklung, weshalb es nicht gerechtfertigt ist, die hohen Produktivitätsgewinne in der Bundesrepublik mit potentielltem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum gleichzusetzen. Dieses gilt, solange nicht alle Wirtschaftszweige in gleichem Maße Expansionspotential aufweisen, wenn sie beispielsweise auf unterschiedliche Absatzmarktbedingungen stoßen. Kaum jemand erwartet eine Beschäftigungsexpansion des Industriesektors, was – meist implizite – bedeutet, daß die Absatzmöglichkeiten für Industriegüter offenbar begrenzt sind. Mehr Beschäftigung in der Bundesrepublik erfordert die Ausweitung der Dienstleistungsbereiche, was die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne vermindert. Beschäftigungsförderung kann sich deshalb nicht lediglich auf die Verbesserung der Angebots- oder Nachfragebedingungen beschränken, sondern sie erfordert eine strukturelle Komponente³.

4 Von den Niederlanden lernen?

Die Erhöhung der Beschäftigtenquote ist eines der wichtigsten, vielleicht sogar das wichtigste Politikziel in den Niederlanden. Aus der Erkenntnis, daß in einem entwickelten Sozialstaat Nichtbeschäftigung immense Kosten in Form von Transferzahlungen verursacht, versucht man in den Niederlanden unter dem Schlagwort „vom Verteilen zum Verdienen“ (WRR 1997), die Beschäftigtenquote zu erhöhen. Die dabei entstehenden Entlastungen in den öffentlichen Haushalten – die ja auch in der Bundesrepublik immer wieder aufgezeigt wurden – führen so zu der angenehmen Überraschung, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte geringer als erwartet ausfällt. Eine auf stärkere Integration der Bevölkerung in das Erwerbsleben gerichtete aktive Beschäftigungspolitik kann in entwickelten Wohlfahrtsstaaten also eine sehr lohnende Politik sein. Die Niederlande haben es geschafft, die Zahl der beschäftigten Personen kräftig zu erhöhen, ohne dieses mit krasser Ungleichheit erkaufen zu müssen. Dennoch ist aber das Niveau der Beschäftigtenquote insbesondere im Vergleich zu den USA noch immer sehr bescheiden. Wissenschaftler und Politiker, die meinen, daß hohe und zunehmende Ungleichheit unverzichtbare Voraussetzung für höhere Beschäftigung ist und die Arbeitszeitpolitik für unwirksam halten, haben ein Problem, wenn sie die Beschäftigungsentwicklung in den Niederlanden erklären wollen.

Der gegenwärtige beschäftigungspolitische Erfolg der Niederlande wird fast immer mit dem sogenannten Vertrag von Wassenaar in Verbindung gebracht. 1982 vereinbarten Gewerkschaften und Arbeitgeber – geschockt durch rasch steigende Arbeitslosigkeit, ein rasch zunehmendes Staatsdefizits, und einen hohen negativen Außenbeitrag – in dem Küstenort Wassenaar eine konsensuale Politik zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Kernpunkte der Vereinbarung von Wassenaar waren 1) Lohnzurückhaltung, 2) Arbeitszeitverkürzungen und 3) eine aktive Beschäftigungspolitik zur besseren Abstimmung von Arbeitsangebot und Nachfrage.

Die Arbeitsmarktparteien wie auch die Regierung stützen sich in ihrer Erwartungsbildung auf Institutionen wie den „Sozial Oekonomischen Rat“ oder die „Stichting van de Arbeid“. Im

„Sozial Oekonomischen Rat“ sind die Tarifparteien, aber auch unabhängige Wissenschaftler vertreten, die Analysen durchführen und Szenarien entwickeln, deren Diskussion wesentlich zur Bildung rationaler, konsistenter Erwartungen beiträgt und die so ein relativ konfliktfreies Klima zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften schafft. Insgesamt ist die niederländische Politikformulierung praktisch, wissenschaftlerorientiert und angenehm undogmatisch. So hatte sich beispielsweise herausgestellt, daß die Kostenumverteilung krankheitsbedingter Fehlzeiten zur Externalisierung dieser Kosten durch die Unternehmen führte. Es zeigte sich, daß die Arbeitsbedingungen Hauptverursacher krankheitsbedingter Fehlzeiten sind und deshalb eine Internalisierung die 100%ige Kostenübernahme durch die Unternehmen erforderte. Nur so kann ein ökonomischer Anreiz für die Verminderung krankheitsbedingter Fehlzeiten geschaffen werden. Diese Kostenverteilung mag aus Sicht der bundesrepublikanischen Diskussion überraschen, aber sie zeigt auch die pragmatische Politikformulierung in den Niederlanden. Davon kann man in der Bundesrepublik sicher lernen.

Literatur

- Appelbaum, E./ Schettkat, R. (1995): Employment and Productivity in Industrialized Countries. In: International Labour Review, Vol. 134, No. 4-5, 605-623.
- Appelbaum, E./ Schettkat, R. (1997): Are Prices Unimportant? The Changing Structure of the Industrialized Economies. Working Paper, The Netherlands School for Economic and Social Research. Utrecht.
- Freeman, R. (1988): Labour Market Institutions and Economic Performance. In: Economic Policy, No. 6, April, 63-80.
- Haan, J. de/ Ark, B. van (1996): Nederlandse economie presteert beter. ESB, 5-6-96, 516-518.
- Teulings, C./ Hartog, J. (1997): Corporatism or Competition. Labour Contracts, Institutions and Wage Structure in International Comparison. Cambridge University Press.
- WWR, Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (1997): Van verdelen naar verdienen. SDU Uitgevers, Den Haag.